

Heinz Theisen

Die Grenzen der westlichen Demokratie

Jetzt aber meinen einige,
es gäbe nur eine Demokratie,
aber das ist nicht wahr.

Platon, Politeia, 8. Buch, 555b

Solange freie Wahlen als Kennzeichen der Demokratie genügten, konnte die Epoche nach 1990 als „demokratische Weltrevolution“ gedeutet werden. Auf der Grundlage dieses schlanken Demokratiebegriffs rechnete etwa 1996 die Stiftung „Freedom House“ 118 von 191 Ländern zu den Demokratien. 1974 hatten erst 39, im Jahr 1990 76 Staaten als demokratisch gegolten.¹ In diesem Lichte war die Rede von der „demokratischen Weltrevolution“ plausibel. Heute müssen wir doch wesentlich stärker differenzieren, weil es „die „Demokratie“ im Sinne der westlichen Demokratie nicht gibt, freie Wahlen sogar oft illiberale Demokratien hervorbringen. Demokratische Selbstbestimmungsrechte treiben Kollektivrechte hervor, die über die Mehrheitsherrschaft zur Unterdrückung von Minderheiten missbraucht werden können.

Schon gar nicht bedeuten die Demokratisierungsprozesse eine Verwestlichung der Welt. Indien, Brasilien, Südafrika, Indonesien sind demokratische Mächte, ohne sich als westliche Verbündete zu empfinden. Meist hatten sie ihre Freiheit erst im Kampf gegen den westlichen Kolonialismus errungen. Bestimmte Regionen der Welt verweigern sich nach wie vor schon aus ihrem kulturellen Selbstverständnis einer Demokratisierung. Zudem deutet der Westen Aufstände und Forderungen nach mehr Teilhabe fälschlicherweise als liberaldemokratische Bewegungen. Da es ganz ungewiss ist, ob die neuen Demokratien diese Teilhabewünsche erfüllen können, ist auch ihre Zukunft ungewiss. Womöglich werden die Entwicklungen in der arabischen Welt eher in russischen und

ukrainischen Formen der Oligarchisierung enden. Weder in Russland noch in der arabischen Welt sind hinreichende kulturelle Voraussetzungen für eine rechtsstaatliche Demokratie und für eine Soziale Marktwirtschaft gegeben. Auch der konfuzianische Kulturkreis bringt von seiner Geistesgeschichte wenige Voraussetzungen für liberale und offene Gesellschaften mit.

Dem Fortschrittspathos des Westens fehlt die Geduld. Gerade weil es sich bei der Demokratie um die höchstentwickelte Staats- und Gesellschaftsform handelt, ist sie nicht voraussetzungs-, stufen- und übergangslos erreichbar. Sie ist auch im Westen nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich über viele Zwischenstufen und Rückschläge entwickelt. Vorzeitige Demokratisierungen hatten schon im frühen 20. Jahrhundert katastrophale politische Entwicklungen eingeleitet. Das Kriegsmotiv von US-Präsident Woodrow Wilson im Ersten Weltkrieg, „die Welt sicher für die Demokratie zu machen“, erwies sich für die mitteleuropäischen Monarchien als verfrüht. Amerikas Parteinahme trug zum Sturz der Monarchien in Deutschland und Österreich bei, worüber jedoch nur fragile, ungesicherte Demokratien entstanden, die schließlich zur Beute totalitärer Kräfte wurden.

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems kamen die ideologischen Systemkonflikte des 20. Jahrhunderts an ihr Ende, aber es war keineswegs das „Ende der Geschichte“. Der Siegeszug der Demokratie kollidierte schon bald mit den wieder auferstandenen ethnisch-nationalen und religiösen Identitäten. Demokratisierung und Globalisierung hatten ihnen die nötigen Freiräume geboten. Freie Wahlen im Nach-Jugoslawien trieben dann vormoderne Ethnokratien hervor. Regionen, die seit Jahrhunderten multiethnisch waren, strebten unter dem Vorzeichen demokratischer Selbstbestimmung nach ethnischer Homogenität. Zum Teil sind sie inzwischen ethnisch homogenisiert wie die Krajina, große Teile von Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo. Die Übertragung des westlichen Nationalismus und des Selbstbestimmungsrechts der Völker erwies sich in den voraufklärerischen Gesellschaften des Balkans schon im 19. Jahrhundert und dann wieder in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts als verfrüht.

Verfrühte Demokratien zeigten sich auch in der Nachkolonialphase meist dadurch, dass ein unverhohlener „Majoritarianism“ die Rechte der kulturellen Minderheiten so sehr missachtete, dass dies, wie etwa im Falle Sri Lankas, zu Jahrzehnte langem Bürgerkrieg führte. Die Verbindung